

Forderungen an die neue Bundesregierung

(Februar 2003)

von Seiten der

Austrian Biotech Industry (ABI)

Österreichischen Gesellschaft für Biotechnologie (ÖGBT)

Österreichischen Gesellschaft für Genetik und Gentechnik (ÖGGGT)

mitgetragen von der

Vereinigung österreichischer Industrieller (IV)

Forderungen an die neue Bundesregierung

Die Entwicklung der Biotechnologie in Forschung und Industrie hängt stark von den gesellschaftlichen, rechtlichen, bildungspolitischen und finanziellen Rahmenbedingungen ab.

Wenn die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt gemacht werden und Österreich in einer Spitzenposition daran teilhaben soll, muss die Wettbewerbsfähigkeit auch der österreichischen Biotechnologie gestärkt werden. Dazu ist erforderlich, dass die Aufteilung der für die Biotechnologie relevanten Kompetenzen innerhalb der Bundesregierung vereinfacht wird, und dass sich die einzelnen Politikfelder und Regelungsbereiche synergistisch unterstützen und nicht gegenseitig widersprechen.

Die hier wesentliche Herausforderung für die zukünftige Bundesregierung wird darin bestehen, eine konsistente und nachhaltige Biotechnologiepolitik zu formulieren und umzusetzen, um die Chancen zu nutzen, die diese Technologie für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Österreich bietet.

Bildung, Ausbildung und Forschungspolitik

als begleitende Maßnahmen für die Erreichung der Forschungsquote von 2,5 % BIP

- Erhöhung der Akademikerquote
- Verstärkte Finanzierung der Grundlagenforschung sowie der angewandten Forschung durch die öffentliche Hand
- Nachhaltige und langfristig berechenbare Forschungsförderung ohne Zerschlagung bewährter spezifischer Fördersysteme und –programme, wobei Reibungsverluste durch Kompetenzzersplitterung zu beseitigen sind
- Erhöhung der Attraktivität der naturwissenschaftlichen Ausbildung
- Erhöhung der Mobilität zwischen Forschung und Industrie zur Stärkung der Kontakte zwischen Forschung, Industrie und der Öffentlichkeit
- Erleichterung der arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Bedingungen für ausländische (nicht EU) Wissenschaftler, hochqualifizierte Arbeitskräfte und Studierende
- Steuerliche Begünstigung für zuziehende hochqualifizierte Wissenschaftler wie in anderen EU-Ländern
- Koordination bei der Implementierung weiterer Ausbildungsprogramme (z.B. FH-Lehrgänge, Baccalaureate) im Hinblick auf Arbeitsmarkterfordernisse
- Förderung der Ausbildung von Labortechnikern

Gewerblicher Rechtsschutz

- Unverzögliche Umsetzung der Biopatentrichtlinie in nationales Recht (Empfehlung des RFTE und Bioethikkommission)
- Vorantreiben der EU-Verordnung für ein Gemeinschaftspatent

Steuerliche Rahmenbedingungen

- Steuerliche Absetzbarkeit der Auftragsforschung, die auch dann für die Berechnung des Forschungsfreibetrags anrechenbar sein sollte, wenn sie von Einrichtungen ausgeführt wird, die selbst keinen Forschungsfreibetrag geltend machen können.
- Befristete einkommensteuerliche Begünstigung von profitablen „Start-Up-Unternehmen“
- Steuerliche Begünstigung des nichtentnommenen Gewinns

- Entfall der Gesellschaftsteuer, mit der die Eigenkapitalzufuhr besteuert wird.
- Neueinführung eines Verlustrücktrages, der es ermöglicht, die Verluste eines aktuellen Wirtschaftsjahres mit den geleisteten Ertragssteuern vergangener Wirtschaftsjahre gegenzurechnen.

Entbürokratisierung

- Behördliche Genehmigung und Beschleunigung forschungs- und zulassungsrelevanter behördlicher Verfahren und Entscheidungen
- Zügige Anerkennung von Forschungsleistungen bei Registrierungen und Kassenzulassungen

Eigenkapitalförderung

- Gestaltung der „Early-Stage-Finanzierungen“ durch die öffentliche Hand als Eigenkapital
- Erhöhung der öffentlichen Mittel für „Early-Stage-Finanzierungen“ (Seed Capital, Mezzanin-Finanzierung) in der Gründungs- und ersten Wachstumsphase von Unternehmen
- Weiterentwicklung der öffentlichen Garantieinstrumente für „Venture-Capital“ in Start-Up-Unternehmen und technologieorientierten Jungunternehmen

Umweltrelevante Themen

- Keine Diskriminierung einzelner Technologien bei der Umwelthaftung
- Unverzögliche Umsetzung der FreisetzungRL
- Stärkung der Transparenz bei der behördlichen Risikobewertung
- Vergabe von Mitteln für die Gentechnik-Sicherheitsforschung nur nach wissenschaftlicher Begutachtung und obligatorisches „Peer-Reviewing“ der Ergebnisse der Sicherheitsforschung vor deren Publikation.

Internationale Zusammenarbeit

- Verhinderung, dass das auf der Rio-Konvention basierende „Biosafety Protocol“ zu einer noch weitergehenden Verschärfung der bereits geltenden gesetzlichen Auflagen für die internationale Zusammenarbeit in der Biotechnologie führt
- Verstärkung der Zusammenarbeit mit den EU-Beitrittskandidaten auf dem Gebiet der Biotechnologie (u.a. grenzüberschreitende „Biotech-Cluster“)

Öffentlicher Diskurs

- Obligatorische Einbindung der wissenschaftlichen Beiräte nach dem GTG bei der Definition einschlägiger österreichischer Positionen im Rahmen der EU und auch vor der Beschlussfassung über generelle Maßnahmen durch die zuständigen Bundesminister
- Verstärkte Förderung der und deutliches Eintreten der politischen Entscheidungsträger für die öffentliche(n) Akzeptanz der Biotechnologie und Gentechnik

Die Biotechnologie in Forschung und Industrie benötigt „Political Leadership“ auf allen politischen Ebenen, damit das ehrgeizige Ziel der EU, bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissenschaftsbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, unter erkennbarer Mitwirkung Österreichs erreicht wird.

Rückfragen bitte an:

Austrian Biotech Industry

Dr. Franz Latzko
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
Tel. (01) 501 05-3367
e-mail: Latzko@fcio.wko.at
<http://biotechindustry.at>

Der Arbeitsgemeinschaft Austrian Biotech Industry gehören an:

Austrianova GmbH, Baxter AG, Biochemie GmbH, Biomay Produktions- und Handels-Aktiengesellschaft, Biotec Systems Krems GmbH, Boehringer Ingelheim Austria GmbH, Forschungsinstitut für Molekulare Pathologie (IMP), Hämosan Life Science Services GmbH, Igeneon AG, Intercell AG, Lambda GmbH, Molekulare Biotechnologie GmbH, Novartis Forschungsinstitut GmbH, Sanochemia Pharmazeutika AG, VBC-Genomics Forschungs GesmbH

Österreichische Gesellschaft für Biotechnologie

Dr. Kurt Konopitzky
c/o Dr. Boehringer-gasse 5-11, A-1121 Wien
Telefon: (01) 80105-2311
e-mail: kurt.konopitzky@vie.boehringer-ingelheim.com
<http://www.boku.ac.at/oegbt>

Österreichische Gesellschaft für Genetik und Gentechnik

Univ. -Prof. Dr. Kurt Zatloukal
Institut für Pathologie
Auenbruggerplatz 25, A-8036 Graz
Tel: (0316) 380-4404
Fax: (0316) 384329
e-mail: kurt.zatloukal@uni-graz.at
<http://www.oegggt.at>

Vereinigung österreichischer Industrieller (IV)

Dr. Wolfgang Haidinger
Schwarzenbergplatz 4,
A-1031 Wien
Tel: (01) 71135-2362
Fax (01) 71135-2383
e-mail: w.haidinger@iv-net.at
<http://www.iv-net.at/>